

Neue Zürcher Zeitung vom 13.07.2015, Seite 13:

Verantwortung statt Bürokratie

Gastkommentar von Ruedi Noser

Gross war in den letzten Wochen die Empörung über die Lobbyisten in Bern. Und wie leider so oft hat man nur die Empörung bewirtschaftet, nicht aber über das Problem nachgedacht. Die Situation ist die folgende: An einer gewöhnlichen Kommissionssitzung behandeln wir jeweils 12 bis 16 Traktanden innert zweier Tage. Das Themenspektrum reicht – zum Beispiel – von der Einführung des AIA über die Auswirkungen der Frankenstärke bis hin zum Kartellrecht, zu der Regionalpolitik oder der Frage der Ausschöpfung des inländischen Potenzials an Arbeitskräften, etwa durch die Wiedereingliederung von weiblichen oder älteren Arbeitnehmenden ins Berufsleben.

Zur Vorbereitung jeder Kommissionssitzung bekommen die Kommissionsmitglieder nicht selten einen Stapel von 30 bis 40 Zentimetern an Akten. Will man sich als Parlamentarier seriös vorbereiten, muss man sich durch den Aktenberg kämpfen und mit Betroffenen reden. Wir können schliesslich nicht Regeln erlassen, ohne zu wissen, wie sie wirken.

Die Betroffenen haben sich in zahlreichen Organisationen zusammengeschlossen. Die wichtigsten Betroffenen sind sicherlich zumeist die Kantone, welche sich in der Konferenz der Kantonsregierungen (KDK) organisiert haben. Hinzu kommen weit über hundert Nonprofitorganisationen, die Menschen-, Firmen- oder Brancheninteressen vertreten. Ich bin sehr froh über deren Existenz, denn ich bin nicht allwissend.

Unsere Entscheide haben Auswirkungen – zum Beispiel auf Arbeitsplätze wie auch auf die Konkurrenzfähigkeit ganzer Branchen. Wenn eine Branche Probleme sieht oder gar davon ausgeht, dass Arbeitsplätze bedroht sind, erwarte ich von ihr, dass sie sich wehrt – dass sie nach Bern kommt und uns das Problem erklärt. Vielleicht sind wir dann in der Lage, eine bessere Lösung zu finden. So kamen erst letzte Woche drei Unternehmer zu mir. «Ich weiss nicht», berichtete der Chef eines 700-Mann-Industriebetriebs sorgenvoll, «ob meine Firma mit dieser Regulierung die Produktion weiter in der Schweiz halten kann.»

Genau dieses Sich-zur-Wehr-Setzen, das allen Organisationen offensteht, nennt man Lobbying. Es hat in der Politik eine wertvolle Aufgabe, denn es unterstützt das Parlament beim Erlassen der Gesetze. Diese Entscheidungen müssen wir Parlamentarier unabhängig von der Verwaltung finden. Somit bildet das Lobbying ein wichtiges Gegengewicht.

Was tun diese Lobbyisten aber konkret? Sie schlagen bei einzelnen Gesetzesartikeln andere Formulierungen vor oder regen Änderungen bei geltenden Gesetzen an. Ein Beispiel hierzu: Innerhalb der Partei haben wir nach Vorschlägen gesucht, wie man die Wirtschaft im Sturm der Frankenstärke schnell entlasten könnte. Im Gespräch mit

dem Arbeitgeberverband wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Erwerbsersatzkasse heute Lohnprozente auf Vorrat verrechnet werden. Das Resultat war ein von mir eingereichter Vorstoss, der die Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch tiefere Erwerbsausfallbeiträge verlangt. Diese Motion wurde in Zusammenarbeit mit meiner Partei und dem Arbeitgeberverband formuliert. Ohne die Inputs des Arbeitgeberverbands wäre wohl kein fachlich so gutes Resultat zustande gekommen.

Wer sich alle Vorstösse anschaut, merkt leicht, dass rund 80 Prozent auf diese Art entstehen. Und wer auch die Qualität und Relevanz der Vorstösse prüft, stellt unweigerlich fest, dass selbstverfasste Vorstösse inhaltlich eher schwach sind. – Viele süffige Anekdoten wurden in den letzten Wochen auch über die berüchtigten Zutrittskarten für die Wandelhalle geschrieben. Die Realität ist, dass jemand in die Wandelhalle kommt, wenn er mit einem Parlamentarier reden will. Dabei ist aber auch klar: Wer einen Termin mit einem Parlamentarier hat, hat Zutritt zum Bundeshaus. Dafür braucht es keinen Zutrittsausweis. Das steht jedem Bürger frei. Der Unterschied liegt lediglich darin, dass die ständigen Zutrittskarten den Angestellten des Sicherheits- und Weibeldienstes die Arbeit vereinfachen. Die Inhaber eines Badges dürfen nämlich selbständig in die Wandelhalle gehen, während die anderen Besucher begleitet werden müssen.

Man kann über diese Dauerzutrittskarten diskutieren. Aber ein Gesetz, welches den Zutritt zum Bundeshaus regelt, braucht es nicht. Er soll und muss allen Bürgern offenstehen. Schliesslich bürgt jeder Parlamentarier, welcher einen Zutrittsausweis vergibt, für seinen Gast.

Die wirklich relevante Frage, die sich stellt, ist jene nach der Transparenz der Tätigkeit der Interessenvertreter – das Lobbying für Organisationen, Arbeitsplätze und Menschen. Dass Lobbyisten für ihre Tätigkeit einen Lohn bekommen, versteht sich von selbst. Dass der Parlamentarier jeweils fragt, in wessen Namen lobbyiert wird, gebietet der gesunde Menschenverstand. Dass man Letztgenannten durch ein Gesetz ersetzen kann, bezweifle ich. Zudem dürfen wir beim Vergleich unserer Lobbying-Regeln mit jenen des Auslands nicht vergessen, dass wir ein Milizparlament haben. Wir haben mehrheitlich noch Parlamentarier, die im Berufsalltag stehen und selber erleben, welche Auswirkungen ihre Entscheide haben. Auch sie könnten ihre Stelle verlieren, wenn zu viel Bürokratie die Wirtschaft lähmt. Diese Praxis- und Alltagsnähe müssen wir uns bewahren.

Die meisten Vorlagen, die aus der Verwaltung kommen und im Parlament behandelt werden, umfassen eine grosse Menge an neuen Regeln, die zu viel zusätzlicher Bürokratie führen. Doch gerade weil es Milizparlamentarier gibt, die aus eigener Erfahrung wissen, wie schwierig es ist, Arbeitsplätze zu schaffen, findet das Parlament meistens gute und pragmatische Lösungen. Mit den Inputs der Interessenvertreter und der Erfahrung der Milizparlamentarier gelingt es uns oft, die Vorlagen praxistauglich zu machen.

Es liegt an uns Parlamentariern, uns unserer eigenen Verantwortung bewusst zu sein. Geben wir acht auf unser bewährtes, sachbezogenes System und übernehmen wir nicht allzu schnell Regulierungen von Dritten.

Ruedi Noser ist Unternehmer und Zürcher FDP-Nationalrat.

©NZZ